

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Morgens um 6 Uhr Sonntag und ist durch die Expedienten, Neue Weltstr. 40, durch die Post und durch die Verleger zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 3.50, pro Woche 20 Pf., bezugsfertigste Nr. 1007.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 219

Freitag, den 19. September 1902.

13. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, 17. September.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

v. Vollmar eröffnet die Sitzung nach 1/9 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Metzger, daß er seinen Widerspruch gegen die schablonmäßige Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge nicht damit begründet habe, daß er im Namen der Fraktion spreche. Er habe seine rein persönliche Ansicht kundgegeben. Die Fraktion habe sich mit der Frage überhaupt nicht beschäftigt. Die Darstellung Böhm's auf dem Buchdruckerkongreß, daß er im Namen der Fraktion gesprochen habe, sei falsch.

Hierauf erklart Rosenow den

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit:

Der Bericht liegt Ihnen gedruckt vor, ich kann mich daher kurz fassen. Die wichtigste Vorlage, die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrund stehen wird, war jedenfalls der Zolltarif. Es ist uns der Vorwurf der Verschleppung der Vorlage gemacht worden. Wenn das so wäre, so läge es nur im Interesse der Wähler. Diese müssen das Recht haben, über den Zolltarif selbst ihr Urteil abzugeben. Aber wir haben bisher gegen den Zolltarif keine Obstruktion getrieben, weil wir es nicht nötig hatten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien selbst haben für genügende Verschleppung gesorgt. Wenn aber von uns verlangt wird, wir sollten dazu beitragen, die Verhandlungen abzukürzen, so haben wir zu erklären, wir lassen uns in keiner Weise behindern, den Zolltarif auf das Eingehendste durchzuberathen, wie wir auch in der Kommission versucht haben, ihn möglichst zu verbessern. Es wäre die eigene Schuld der Regierung, wenn der Tarif nicht zur Zeit fertig wird, denn sie hat die Einbringung der Vorlage bis zum letzten Augenblick verzögert, um sich vorher erst bei allen möglichen kapitalistischen und agrarischen Interessentengruppen zu erkundigen. Die Arbeitervertretungen sind nicht gefragt worden. Schließlich wurde die Regierung erst durch die bekannte Verhinderung des Tarifs über London gezwungen, ihn zu veröffentlichen. Jetzt soll der Reichstag gewissermaßen im Rausch arbeiten. Das darf nicht sein. Den volkshemlichen Beschlüssen der Kommission muß der energischste Widerstand entgegengesetzt werden. Hat man doch selbst einen Kartellvertrag für bestimmte Jahreszeiten eingeführt! Wir sagen daher: im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des Volkswohls in die Grube mit diesem Entwurf! (Bravo!)

Für sozialpolitische Dinge hat die Mehrheit des Reichstages in der letzten Session wenig Interesse gehabt. Eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit erklärte Graf Posadowsky für unmöglich, während kurz darauf die Berliner Gewerkschafts-Kommission bewies, wie sehr wohl eine genaue Zählung der Arbeitslosen möglich sei. Das einzig positive sozialpolitische Ergebnis der Session war die Seemannsordnung, die aber in wesentlichen Punkten von der Mehrheit so verschlechtert wurde, daß wir in der Schlussabstimmung dagegen stimmen mußten. Weiter ist noch der Gesetzentwurf zum Schutze der Kinderarbeit eingegangen. Er ist aber ganz unzulänglich. Der Entwurf ist völlig mit Rücksicht auf die Agrarier ausgearbeitet. Als wir die Bekämpfung der ländlichen Kinderarbeit verlangten, wurde die poetische Rolle hervorgehoben, die der Dürrenmaler in der deutschen Dichtung spielt. Gerade auf dem Lande ist die Kinderausbeutung am argsten. Ich weiß nicht, ob die Herren um Ewiger jemals Kartellverträge ausgemacht haben; ist das der Fall gewesen, dann waren es jedenfalls die dicksten. (Heiterkeit.)

Redner behandelt im Weiteren die folgenden Anträge:

Die Parteigenossen in Magdeburg vermissen im Berichte der Fraktion ein Eingehen auf die so brennend gewordene Wohnungsfrage speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.

Die Parteigenossen des 1. Württembergischen Wahlkreises beantragen: Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihr Versicherungs-Gesetz eine Aenderung und Besserung des Krankenversicherungsgesetzes in Vorlage zu bringen, endlich erfüllt.

Die Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungs-Gesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 M. pro Jahr nicht übersteigt.

Die Kreisconferenz des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises beantragt: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Gesetzes die Reichsregierung über die von ihr geübte Auslegung des § 616 des B. S. B. in den Reichs-Werksbetrieben zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern.

Schubert-Berlin beantragt: Die Fraktion wird beauftragt, in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages dem Reichstage vorzulegen. Es sollen ferner besondere Anträge auf Einführung der achtstündigen Normalarbeitszeit in staatlichen und kommunalen Betrieben in allen geeigneten Körperschaften eingebracht werden.

Kowald mit 19 Delegationen beantragt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß alle Heimarbeiter, die nur gegen Lohn beschäftigt werden, dieselben Vorteile der Gewerbenovelle, wie die Fabrikarbeiter, genießen.

Ein weiterer Antrag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, den Bundesrath zu ersuchen, baldigst eine besondere Vorschrift zu erlassen, wonach alle in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuille-Arbeiter dem Alters- und Invaliden- als auch Unfallversicherungsgesetze, unterworfen werden.

Er hält alle die Anträge für nützlich und gemeinte Anregungen, die die Fraktion, soweit sie sie nicht schon berücksichtigt habe, gewiß berücksichtigen werde. Bezüglich des achtstündigen Arbeitstages, daß er bei jeder passenden Gelegenheit von der Fraktion propagandiert worden ist. Ob man sofort die Einführung des achtstündigen Arbeitstages fordern oder eine bestimmte kurze Uebergangsfrist gestatten dürfe, das sei in der Hauptsache ein Streit um Worte.

Mit der Stellung von Anträgen sei es nicht gethan. Die Gewerkschaften sollten die Fraktion bei neuen Gesetzentwürfen mehr als bisher mit Material, statistischem und anderem, versehen. Er schließt mit den Worten: Vorwärts und immer vorwärts, damit bald auch dem armen Proletariat die Stunde der Erlösung schlägt! (Bravo!)

Von Müller-Samburg: Ich kann es durchaus verstehen, daß die Fraktion gegen die Seemannsordnung gestimmt hat, sowie sie die Mehrheit des Reichstages gestaltet hat. Das seemannische Proletariat, soweit es organisiert ist, billigt diese Haltung vollkommen. Es sind in der That direkt reaktionäre Bestimmungen in die Vorlage gekommen, so die kriminale Bekrafung des Kontraktbruchs. Ein Koalitionsrecht haben die Seeleute auch durch das neue Gesetz nicht erhalten. Das seemannische Proletariat — das will ich speziell gegenüber den Behauptungen des Professor Franke in der „Soz. Praxis“ feststellen — ist der sozialdemokratischen Fraktion dankbar für ihre Verbesserungsvorschläge bei Gelegenheit der Beratung der Seemannsordnung und hat in zahlreichen Versammlungen seine Zustimmung zu der schließlichen Ablehnung der Vorlage durch die Fraktion ausgesprochen. (Bravo!)

Weis-Berlin wünscht die Einbringung eines Gesetzentwurfs, in dem ohne Weiteres der achtstündige Arbeitstag gefordert wird. Ein solcher Antrag würde die Gewerkschaften in ihrem Kampfe sehr unterstützen. Die Arbeitslosigkeit würde damit nicht aus der Welt geschafft, aber doch stark vermindert. Die Einführung des achtstündigen Arbeitstages ist eine Kulturthat, er muß erreicht werden. Ich bitte Sie, den Antrag an-

zunehmen. Er bedeutet kein Misstrauensvotum gegen die Fraktion, der wir vollstes Vertrauen entgegenbringen.

Beisitzend-Offenbach befragt die Anträge auf Einbringung der Heimarbeiter in die Gewerbeordnung und der Portefeuille-Heimarbeiter in die Versicherungs-Gesetzgebung. Derartige Maßnahmen seien allein geeignet, die Hausindustrie einzuschränken.

Edmund Fischer-Sachsen: Wir wünschen gewiß Alle den achtstündigen Arbeitstag, aber es fragt sich, ob es einen Zweck hat, jetzt wieder die Fraktion aufzufordern, einen derartigen Antrag einzubringen. Zur Beratung würde er auf keinen Fall mehr kommen. Daß wir vor zwei Jahren uns darauf beschränkten, den achtstündigen Normalarbeitstag zu verlangen, lag daran, daß damals allerdings die Aussicht bestand, daß sich für diese Forderung eine Mehrheit im Reichstage finden könnte. Selbst das Zentrum verlangte den achtstündigen Arbeitstag wenigstens für die Frauen. Im Uebrigen sind wir jetzt für die Forderung des achtstündigen Arbeitstages eingetreten, also davon kann keine Rede sein, wie in der Presse behauptet wurde, daß die Fraktion ihre Schuldigkeit nicht gethan habe. Es war gewiß kein Opportunist, sondern es war der Genosse Bebel, der den Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages einbrachte. Er meinte unter aller Zustimmung, hier könne vielleicht etwas erreicht werden, und auf jeden Fall würden die bürgerlichen Parteien gezwungen, Farbe zu bekennen, ob ihnen ernstlich an der Verkürzung der Arbeitszeit gelegen sei. (Sehr richtig!) Es wäre also das richtigste, wenn der betreffende Antrag hier zurükgezo-gen würde.

Birnhammer-München: Das ganze arbeitende Volk begrüßt die energische Stellungnahme der Fraktion gegen die Zolltarifvorlage. Die Anträge auf Bekämpfung der Hausindustrie bitte ich Sie dringend anzunehmen. Den Antrag bezüglich des achtstündigen Arbeitstages halte ich nicht für überflüssig. Gerade mit Rücksicht auf die gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ist es dringend notwendig, daß endlich der achtstündige Arbeitstag erreicht wird.

Volter-Kiel vertheidigt den Antrag, der Verächtlichmachung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Staatsverträgen zu fordern. Bei der kaiserlichen Werft in Kiel geschieht das bisher nicht. Bei kleinen notwendigen Veräusserungen, z. B. wenn der Arbeiter als Zeuge vor Gericht geladen ist, wird ihm der Lohn abgezogen. (Hört! hört!)

Stammheim: Unsere Fraktion mußte versuchen, dafür zu sorgen, daß unsere Initiativanträge mehr in den Vordergrund der Verhandlungen gestellt werden. Unsere Fraktion ist so stark, daß sie doch einen großen Einfluß nach dieser Richtung hin ausüben könnte. (Widerspruch.) Der Reichstag wird vielfach ein Schwachparlament genannt. Ich stimme dem natürlich nicht zu, aber vielleicht wäre es doch angängig, daß die außerordentlich langen Etatsdebatten zu Gunsten mehr praktischer Arbeit und der Erledigung unserer Initiativanträge abgekürzt werden könnten. Die Einbringung eines Antrages auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages halte ich gerade in der jetzigen Zeit für sehr angebracht. (Sehr richtig!) Wenn unsere Mitglieder nicht eine hohle Demonstration sein sollte, müssen wir energisch bei jeder Gelegenheit den achtstündigen Arbeitstag fordern. Die Arbeiter stehen gerade in dieser Frage geschlossen hinter uns. (Sehr richtig!) Sie sind uns durch ihre gewerkschaftliche Thätigkeit in dieser Frage theilweise schon vorausgeritten. (Sehr richtig!)

Die Verhandlungen werden hierauf auf Donnerstag vertagt.

(Kurzer Vorbericht vom Donnerstag.)

München, 18. September.

v. Vollmar eröffnet die Verhandlungen. Die Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit wird fortgesetzt.

Leuertz-Abolde mündet sich gegen Eichhorn; er erklärt Namens zahlreicher Delegirter, die Fraktion habe das Vertrauen aller Parteigenossen. Sie habe ihre volle Schuldigkeit gethan in Bezug auf die Förderung der Sozialreform.

Frau Vietz-Samburg erklärt: Mit Anträgen in Sachen des achtstündigen Arbeitstages werde der Fraktion kein Tadelvotum ausgestellt. Man müsse die Einführung des achtstündigen Arbeitstages beantragen. Mit Erhebungen über die Möglichkeit der Verkürzung der Frauenarbeit würde die Sozialreform verschleppt.

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

263

(Nachdruck verboten.)

Sie sentte die Wimpern, Thränen hingen daran. Er hatte sie noch nie weinend gesehen, immer nur mit einem lustigen Frähen. Er wollte sie necken, aber dann war er förmlich genirt und sah sich scheu um — das war ja gräßlich, wie sie schlüchzte!

„Aber Trude!“

Sie drückte krampfhaft seine Hand und biß in ihr Taschentuch. Unaufhaltsam strömten ihre Thränen.

Gut, daß der letzte Akt zu Ende war!

Als er sich mit ihr dem Ausgang zuehob, sagte er, halb spöttlich, halb ein bisschen mitleidig: „Kleines Schaf!“

Sie lachte schon wieder und hing sich vergnügt an seinen Arm.

„Ne, so dumm, was?“

„Sehr richtig. Das kann ich Dir sagen, wenn ich gewußt hätte, daß Du so heulen würdest, hätte ich Dich wahrhaftig nicht hergeführt! Das nennt sich nun ein Vergnügen!“

„Doch, es war auch eins! Ich hab' mich riesig amüßet. Da, da hab' ich mal tüchtig gebeult; das reicht für lange!“

„Ach, was das schön“, — sie stieß einen zitternden Seufzer aus — „ne, zu schön!“ Die Zähne aufeinanderbeißend, schüttelte sie sich: „Aber nu los!“

„Du hast wohl jetzt 'nen Niesenbunger? Ich auch. Na, denn komm! Geht spendir' ich Dir Stk!“

Sie klatschte in die Hände. „Hei, wie nobel! Den hab' ich schon immer mal gern trinken wollen!“ Aber gleich darauf wurde sie stumm, ein fröhlicher Schauer überzog sie. „Erst noch 'n bisschen draußen rumbummeln — ja?“ bat sie mit stockender Stimme.

Er that ihr den Willen, langsam führte er sie am Wasser weiter hinauf. Der Menschenstrom hatte sich verlaufen, sie waren allein. Er drängte sie in eine dunkle Thurnische und küßte sie ab. Sie küßte ihn heftig wieder, ihre Lippen lagen heiß auf den seinen; minutenlang hing sie an ihm.

Bärtlich flüsternd schlenderten sie dann wieder weiter. Raffig hob sich der Bau der Markthalle, vereinzelte Laternenchein warf zitternde Krügel und blanke Flecke auf das schwarze, schaukelnde Wasser. Die Wellen gluckten an der Mauer des Quai. Eine leuchtende Kühle stieg auf.

Die einsamen Schritte der Weiden hallten gedämpft.

„Na, sag' Trude plöglich und lachte leise, die Annchen hat noch 'n Dufel gehabt, daß der verrückte Bruder sie erschossen hat.“

Kein. Darin liegt ja gerade der Fehler des Stücks“, beharrte Leo.

„Mann? Warum denn ein Fehler? Sie kann doch nicht in's Wasser geh'n? — Das ist viel zu gewöhnlich. Fuß, das thun ja die Weihen! Weißt Du, ich hab' auch eine erkannt — sie kam oft“

zu meinen Eltern in's Geschäft kaufen — die is nich weit von der Potsdamer Brücke in den Landwehrkanal gesprungen. Ihr Bruder hat nachher ihre Sachen bei uns auf der Straße an die Grummach's verkauft, in dem Trödelladen. Da hingen sie lange im Fenster. Gränlich!“ Sie schauerte zusammen. „Wie kann man bloß?“

„Laß doch das dumme Gerede“, sagte er, unangenehm berührt.

„Das ist ja ungemüthlich. Ne!“

Sie lachte wieder, und dann blieb sie mit einem Ruck stehen und benutzte so auch seine Schritte. Mit einem Laut, halb Lachen, halb Seufzer, warf sie plötzlich beide Arme um seinen Hals und küßte ihn ungestüm.

„Ach — — —!“

„Trude, ne, aber Trude, wenn Einer kommt!“ Er sah sich scheu um. „Hier kann uns ja Jeder sehn!“

„Is mir ganz egal“, lachte sie und verbarg den Kopf an seiner Brust.

XII.

Wine sah in ihrer Küche auf der Eimerbank, hatte den linken Ellbogen auf den Herd gestemmt, den Kopf in die Hand gestützt und starrte in die verglimmenden Funken des offenen Aschenlochs. Die rechte Hand, die ihr lässig im Schoße lag, hielt einen Brief. Der war von zu Hause. Im Schreiben stand, daß er heute in die hiesige Stadt gekommen sei. Der Vater selber schrieb, wie mit dem besten Willen getraut. Die Malle war nicht daheim, die diente seit der Einsegnung auf dem Gollmücker Vorwerk, als Kindermagd, um Essen und Kleidung.

Es war der erste Brief, den Wine seit drei Monaten von zu Hause erhalten; sie hatte sich weiter nicht verwundert, die waren in der Grante und hatten keine Zeit. Aber nun schalt der Vater, unverbümt gab er seiner Empörung Ausdruck, daß die Tochter nicht länger ihre Ersparnisse nach Hause geschickt.

Wer mechten jetzt 'ne Kuh kaufen. Du hat mer su'n großes Meisch zu Berlin, nich amal zehn Dahler ihut se ein' derge. Se sein der so gutt, wie uf der Sparfah. Aber ne, for de Eltern is nich' übrig, die sich's am Maul abgepart han.“ Und so weiter.

Düsteren Blicks verfolgte Wine das langsame Verlöschen der Funken. Nun war die Küche ganz dunkel, ganz todt. Mit einem tiefen Seufzer stand sie auf und reichte die starrgewordenen Arme über dem Kopf. Dann ging sie schwerfüßigen Schrittes in ihre Kammer.

Dier sah es anders aus, als zu Bertha's Zeiten. Keine Stearintropfen auf Stuhl und Diele, keine Kolportageromane haften in die Schublade geworfen, daß noch der zerrissene Umschlag des Festes herausschielte.

Alles peinlich aufgeräumt.

Nur über'n Bett die beiden dunklen Döber: eine Madlerin in Pannhosen — Reflekt für Continental Pannmail — und ein Gierel mit Nieschenrührer — Plumey's unvergleichliches Mittel

zur Erreichung der Mannesgröße — hatte Wine zu schön gefunden, um sie zu verhammen.

Nun kniete sie vor ihrem Schließbord und schlug langsam den Deckel zurück. Da war ein Knäuelbehälter, tief unter allen Sachen versteckt; den zog sie hervor und drehte mit einer bedächtigen Sorgfalt den Deckel. Silbergeld klapperte heraus, daswischen auch ein Goldstück; mit spitzen Fingern fasste sie jede einzelne Münze und zählte sie sich in den Schoß. Sie that's mit einer gewissen Andacht; das waren auch Heiligthümer, an jedem Großen klebte der Schweiß harter Arbeit.

„Ein Thaler — zwei — drei — vier — fünf Thaler“, murmelte sie. Und nun — ihr Gesicht frahlte auf — gar ein Goldstück. Wenn die Bertha doch nun endlich das ihr Geliebte wiedergeben möchte, dann werden hier mindestens zehn Mark mehr! Die Restche hatte sich neulich auch drei Mark geborgt; die hatte gerade kein Kleingeld in der Kasse. Und wenn sie mit dem Arthur ausging, dann kostete es sie doch auch was; sie konnte sich doch von dem armen Menichen, der selber nichts hatte, nicht freihalten lassen. Da steckte sie ihm lieber ihr Portemonnaie zu: „Da, bezahl!“

Wie sie auch zählte und die letzten Gröschchen, die noch nachklapperten, dazu rechnete, viel mehr wurde es nicht: Sechszwanzig Mark!

Mit liebevollen Augen betrachtete sie das zusammengegriffene Gänzlich. Und das sollte sie nun Alles weggeben, es gar nicht mehr hervorholen dürfen an stillen Abenden und stolz und freudig überhäpfeln?! Es nicht mehr in den Händen halten, in eben den Händen, die raub und hart vom Erwerben waren.

Sie biß sich auf die Lippen und blinzelte mit einem harten Ausdruck vor sich hin. Eine Kuh wollten sie von ihrem Geld kaufen, von der sie doch keinen Tropfen Milch kriegte! Hatten die von zu Hause ihr denn schon mal was geschickt! Keine Krume. Nein, das Geld blieb hier!

Sie preßte es zwischen die schwierigen Handflächen und befehlte es mit dem vom Spülwasser rissigen Fingerspitzen.

Den ganzen Abend blieb sie finster und in sich gekehrt. Sie hatte kein gutes Gewissen. Was würden die zu Hause sagen, wenn sie's nicht schickte?! Unschlüssig ging sie wieder in ihre Kammer, nahm noch einmal das Geld heraus und schloß es dann doch wieder ein.

Sie schwankte und lächelte sich hin und her gerissen; zerstreut bedeckte sie den Tisch zum Kaffeeklatsch zum Abendbrot und stellte an den Platz des Herrn einen Leinwandbezug. Als die Herrin sie anrief, schreckte sie zusammen; ihr armer Kopf war so voll von schweren Gedanken.

„Es ist schrecklich“, sagte die Hausfrau ihrem Gatten, wie zerfahren die Minna ist! Ich möchte wissen, was die in ihrem Kopfe hat, statt an ihre Arbeit zu geh'n. Das kommt davon, sie hat ungerne ihren Sonntag.“

Der Hausmann antwortete: „Sie gar einen Nachbar!“

Der Hausmann antwortete: „Sie gar einen Nachbar!“

Reber-Frau tritt für Eichhorn ein. Die Fraktion möchte mehr für den Achtstundentag thun. Sie habe bisher nur den Beschäftigten tag propagiert und den Achtstundentag in den Hintergrund treten lassen. Frau Reber-Frau bespricht die Wünsche in der Debatte und verlangt die Einbeziehung der gesamten Heimindustrie in die Versicherungsangelegenheiten.

Frau Reber-Frau unterstützt den Antrag auf Forderung des Achtstundentags, die politische Partei möchte damit die Gewerkschaften unterstützen. Die Belastung der Arbeiter durch den Zollwucher mache den Achtstundentag notwendig. Das Zentrum müsse gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Die parlamentarische Aktion darf aber nicht überschätzt werden, sie muß durch außerparlamentarische Aktion unterstützt werden.

Kimm-München regt die Schaffung einer neuen Instanz zur Entlastung der Parteiführung an, welche einerseits legislative Arbeiter ausführen, andererseits die Aktion unter den Massen vorbereiten soll. In Bremen und anderen seien dafür geeignete Kräfte vorhanden.

Wittgenstein beantwortet den Achtstundentag-Antrag. **Reber-Frau** erlucht die Fraktion, sich mehr der Arbeiter der chemischen Industrie anzunehmen.

Wittgenstein erklärt nochmals, daß der Achtstundentag-Antrag in dieser Session unmöglich sei.

Wittgenstein und **Jabell** wenden sich gegen Eichhorn und rechtfertigen die Ausdehnung der Staatsdebatten. Der Achtstundentag-Antrag sei in dieser Session nicht mehr ausführbar.

Eichhorn weist den Vorwurf zurück, daß er gesagt habe, die Fraktion thue nichts. Er habe nur eine gewisse Verschiebung befürwortet. Er wüßte mehr Initiativkräfte und weniger Staatsdebatten. Er gebe zu, daß er mit der Geschäftsordnung des Reichstags nicht ganz vertraut sei.

Die Diskussion wird geschlossen.

Rosenow erklärt in seinem Schlusswort, die Fraktion müßte, um dem Antrag auf Einführung des Achtstundentages Rechnung zu tragen, den vorliegenden und noch nicht erledigten Antrag auf Einführung des Zehnstundentages zurückziehen. Sie würde sich damit eine Oberstufe geben, die sie nicht verdient.

Die Anträge, den Achtstundentag betreffend, werden der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Anträge auf Einbeziehung der Heimarbeiter in die Versicherungsangelegenheiten werden angenommen.

Reber in Berlin, deshalb kommt nicht der Punkt Reichstagswahlen, sondern Arbeiterversicherung an die Reihe.

Reber beginnt sein Referat über diese Materie.

Der Referent beantragte folgende Resolutionen:

Die Versicherungsgehalte des deutschen Reiches, die hauptsächlich elassen wurden, um die Armentafeln vor Ueberlastung und die Unternehmern vor Schadenertrag zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erhebung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und vielen wirtschaftlich gleichstehenden Personen.
2. Vereinheitlichung der Versicherung.
3. Solle Selbstverwaltung durch die Versicherten.
4. Veranlagung aller Klassen zur Tragung der Kosten.
5. Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung.

6. Weiterer Ausbau der Unfallversicherungs-Vorschriften und der Vorschriften zur Verhütung von Berufskrankheiten, sowie voller Schadenertrag der Verletzten und deren Hinterbliebenen.

7. Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

8. Einführung von Witwen- und Waisen-Versicherung.

In der Debatte geschaltete sich besonders die Erörterung über die Arbeitslosenversicherung sehr lebhaft.

Wittgenstein beantwortete eine Arbeitslosenversicherung durch das Reich, während mehrere Gewerkschaftler sich dafür ausgesprochen, die Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung zu machen.

Schließlich wurde nun eine Resolution angenommen, die sich für die Notwendigkeit der Arbeitslosen-Versicherung ausspricht.

Einger referierte sodann über den internationalen Arbeiterkongress 1903. Der Parteitag beschloß, den internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam 1903 zuzulassen zu befinden.

Gegen **Dr. Lindemann** begann hierauf sein Referat über Kommunalpolitik, mußte dasselbe aber der vorgeordneten Zeit halber abbrechen.

Politische Uebersicht.

Man will auch die Arbeiter hören. Der Karlsruber Volksfreund berichtet:

Aus aller Welt.

In einem **Erzdenner** Monarchprozess wegen Verbrechens gegen das kaiserliche Leben, in dem bereits zahlreiche Urtheile gesprochen wurden, befinden sich unter den 40-50 schuldig erklärten Rädern und Frauen auch solche aus den sogenannten freien Kreisen. So wurde eine Schuldirektorin verurtheilt, die Frau eines schottischen Volksherrschers ist an dem mit ihr vorgenommenen Manipulationen gestorben und die Tochter eines Kongressabgeordneten und konföderativen Landtagsabgeordneten hat sich im Gefängnis erhängt. Im Oktober sollen vor dem Schwurgericht erst die schwersten Fälle zur Verhandlung kommen und gerade in den letzten Tagen wurden, wie verlautet, neue Verhaftungen vorgenommen.

Wiesenschwinder. Nach einer Mitteilung der Landesbank existierte sich der Beamte der Hauptkasse Edmund Jelinek heute Nachmittag vor der Kassationsinstanz. Die vorgenommene Revision ergab große Mängelhaftigkeiten in der Obergebührensache. Der bisher festgesetzte Fehlbetrag beläuft sich etwa auf 1.250.000 Kronen.

Schwarze Soldatenwiderrede. Vor dem Kriegsgericht in Metz hat sich die hiesige hiesige Truppe von der 5. Kompanie des schottischen Fußmilitär-Regiments Nr. 12 wegen schwerlicher Mißhandlung, Mißbräuch der Dienstgewalt, und die fünf Kanoniere Seidel, H. Fran, C. Bach, Kobbé und Klamer wegen Beihilfe und Mitgewaltigung eines Kameraden zu verurtheilt. Am 9. März d. J. antwortete der Kanonier Hölle vom genannten Truppenbataillon einem Selbstmordversuch, weil er nach seiner Kapazität mißhandelt wurde. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit führte brachte recht merkwürdige Dinge ans Licht. Die beiden Untersuchungs- und namentlich Traumann „erzogen“ ihre Untersuchungen durch Schläge. Besonders hatte sich Traumann den Hölle aus dem Rücken genommen, den er ganz ansehend roth und gemein behandelte. Aus der „Kette der Mißhandlungen“ - so drückt sich der Vertreter der Anklage aus - sei erwähnt, daß er dem Hölle die brandende Zigarette ans dem Munde und ins Gesicht schlug, daß er ihn öfters mit dem Gewehrkolben vor die Brust schlug. Weil Hölle nicht „hoch“ genug in das Zimmer der Untersuchungsrichter trat, mußte er auf Traumanns Befehl zum Fenster des Erdgeschosses hinausspringen, um die Parade heranzulassen und nach drei Minuten wieder anzutreten. Da dies bei der Länge des Weges nicht möglich war, erhielt er Ohrspeitgen und wurde ihm das Messer öfters entzogen, so daß er häufig zum Tode mußte. Besonders verabscheut erhielt er so reichlich, daß er seine eigenen Sachen nicht mehr tragen konnte. Aber nicht genug, daß er selbst den Hölle gleich mißhandelte, führte er auch noch die Kanoniere an, die er verurtheilt, ließ würde er sie, wie er sagte, auch noch mehr

Die Erhebungen über die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes, die gegenwärtig von der baltischen Regierung veranstaltet werden, haben auch eine erfreuliche Neuerung gebracht. Man will nämlich jetzt auch die Arbeiter hören und haben zu diesem Zwecke die Bezirksämter sich an die Arbeiterorganisationen, Kartelle u. s. w. gewandt mit der Aufforderung, sich über die wahren Verhältnisse der Arbeiterentlastungen, Beförderungen der Arbeiterzeit und eingelegten Beschwerden zu äußern. Damit wird eine Kontrolle der bei den Arbeitgebern gemachten Annahmen ermöglicht und der Arbeiterschaft Gelegenheit geboten, der Regierung einen Einblick zu geben in die wirtschaftliche Noth, unter welcher der Arbeiterstand gegenwärtig so schwer zu leiden hat.

Wann werden wir in Preußen dahin kommen?

Die Subkommission der Zolltariffkommission

einigte sich dahin, der Gesamtkommission zu empfehlen, über jeden Hauptabschnitt des Zolltariffs sowie über wichtigere Unterabschnitte, wie Getreide, Gemüse, Vieh und Fleisch, zunächst in der Generaldebatte zu verhandeln und in der Spezialberatung nur eine Anzahl Tarifpositionen zu erörtern. Handelsminister Müller hob hervor, er könne eine Erklärung erst am Montag in der Kommission abgeben. Von den Sozialdemokraten nahm Genosse Stadthagen an der Sitzung Theil, der sich von München aus sofort nach Berlin begeben hatte.

Für das Verhalten bei den bevorstehenden Reichstagswahlen hat Bebel dem Münchener Parteitag folgende Resolution unterbreitet:

Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl in allen Wahlkreisen, in denen Parteigenossen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen; dort, wo es noch nöthig erscheint, schleunigst die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor Allem auch auf die Beschaffung der nöthigen Geldmittel Bedacht zu sein.

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten sich betheiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der für die Arbeiter in der Wahl bereit ist.

1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts,
2. gegen die Erhöhung der bestehenden Stölle auf Lebenszeit,
3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung,
4. gegen jede Ausnahme-Gesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert, einzutreten.

ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenthaltung zu verkünden.

Die Debatte hierüber wird wahrscheinlich heute Freitag stattgefunden haben.

Polizeipräsident von Windheim, der sich auf Urlaub befindet, ist unverweilt in Berlin eingetroffen. Wie nach dem „B. Z.“ verlautet, steht demnach sein Uebergang in ein anderes Staatsamt bevor, und zwar soll es sich um seine Verwendung in einem Ministerium handeln. Das wird wohl wieder Klatsch sein.

Bebel gegen Schäbler. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag wird, wie die „Nat.-Ztg.“ betont, die Herausforderung vielfach besprochen, die Bebel an den Zentrumsführer Dr. Schäbler gerichtete hat. Dr. Schäbler hatte in der großen Arbeiterversammlung des Mannheimer Katholikentages der Sozialdemokratie und deren Führern sehr schwere Vorwürfe gemacht, indem er ausführte, daß die sozialistischen Führer die Arbeiter belügen und betrügen und auf Kosten der Arbeiter leben. Dieser scharfe Auspruch des Zentrumsführers hat in sozialdemokratischen Parteikreisen große Aufregung hervorgerufen, und der Abgeordnete Bebel hat sich veranlaßt gesehen, eine Volksversammlung in Bamberg, wo Dr. Schäbler als Domdekan seinen Wohnsitz hat, einzuberufen zu lassen, zu der Dr. Schäbler schriftlich eingeladen ist. Den Hauptwortag wird Bebel halten. Die Versammlung findet am Mittwoch nächster Woche statt, und es werden sich viele Delegirte des Parteitag der Erhision nach Bamberg anschließen. Wer kauft wird, das ist Herr Dr. Schäbler.

Zienenswürdigkeiten ohne Gleichen lagen sich gegenwärtig die Zentralorgane einerseits und die Organe des Bundes der Landwirthe andererseits. Der Zentralabgeordnete Dr. Heim hat in einem Vortrag über das Verhältnis des Bundes der

Landwirthe zu den übrigen Bauernvereinen es als wahnsinnig bezeichnet, daß die norddeutschen Erbkler einer Regierung aus der Hand freissen, die für deren Bitten taube Ohren hat. Dagegen bemerkt die „Neue Bayerische Landeszeitg.“, vom Zentrum sei ein rühmlicher Kampf gegen die Regierung nicht zu erwarten, das Zentrum werde sich im Gegentheil, trotz allem Kühnheitsgefühl und Schwelmschlagen auf einen gelinden Umsall vor.

Rein Arbeiter-Urlaub. Zu der kürzlich verbreiteten Mittheilung über Arbeiterurlaub in den Spandauer Militärwerkstätten wird der „Pölnische Volksz.“ aus Berlin geschrieben, die Nachricht sei gänzlich unzutreffend, sowohl was den Plan selbst, als auch was die im Kriegsministerium stattgehabe Konferenz der Spandauer Institutdirektoren dieserhalb angehe. Thatsächlich habe keine Konferenz oder Besprechung der Direktoren im Kriegsministerium stattgefunden. - Wie konnte man auch so viel sozialpolitischen Eifer beim preussischen Kriegsministerium voraussetzen!

Zu Sagen der Fleischnoth beschloß der Berliner Frauenverein, eine große Frauenversammlung, unter Hingeziehung aller Frauenvereine Berlins, zu veranstalten.

Der erste allgemeine deutsche Bankierkongress tritt am Freitag Vormittag in Frankfurt a. M. zusammen. Ueber 700 Anmeldeungen sind eingegangen.

Die Rechtsanwält erfreuen sich durchschnittlich eines Einkommens, bei dem es sich ganz anständig auskommen läßt. Nach einer Zusammenstellung aus juristischen Kreisen haben von den Rechtsanwält in Berlin nur 10 Proq. ein Jahreseinkommen unter 3000 Mark, dagegen 12 Proq. bis zu 5000, 50 Proq. bis zu 10.000, 12 Proq. bis zu 15.000, 8 Proq. bis zu 20.000 Mk. und 8 Proq. darüber. Das Einkommen der 180 Notare stellt sich durchschnittlich auf 11.900 Mk., die höchste Einnahme beträgt 105.000 Mk.

Majestätsbeleidigung. Der 60jährige Wirth und Schreinermeister Wilhelm Dittgenhöfer aus Dienheim bei Oppenheim hatte im betrunkenem Zustande Aeußerungen gegen den Kaiser und den Großherzog fallen lassen. Die Strafammer verurtheilte ihn wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß.

Anslaud.

Während der Jar die Bauern abkanzelt, gelegentlich seines Wanderaufenthalts in Kursk, liegt ihm das Wohl seines Volks, seines Großgrundbesitzes um so mehr am Herzen. Der „Schwet“ berichtet darüber: „Der Kaiser behandelte den Adel mit besonderem Wohlwollen und dankte ihm für seinen Dienst, der nicht aus selbstlichen Motiven, sondern aus Ueberzeugung geleistet wird.“ Diese Worte bezogen sich hauptsächlich auf den Dienst des Adels bei der Leitung der bürgerlichen Verwaltung. Sich auf eine kurze Aeußerung des Dankes nicht beschränkend, bemerkte der Jar, daß ihm die schwere Lage des abligen Grundbesitzes und die Mängel des bürgerlichen Befannt seien.“

Die Schwachheit ist immer vom Uebel. Frankreich hat jetzt zwei Minister, die das Reden nicht lassen können und in demagogischer Weise an die niedrigsten Leidenschaften des Volkes appellieren. Erst war es der Kriegsminister Andree, der chauvinistische Phrasen hielt; jetzt hat ihn der Marineminister Pelletan noch übertrumpft. Pelletan hat in den letzten Tagen eine Rede gehalten, deren Spitze sich scharf gegen Italien richtete, und in einer anderen Rede sprach er von germanischer Gewaltpolitik. Diese Reden haben nicht nur bei den angegriffenen Staaten, sondern auch bei den einsichtigen französischen Politikern lebhaften Unwillen erregt.

Die amerikanischen Staatsbetriebe gehen den Privatbetrieben mit gutem Beispiele voran. In den Werften ist die achtstündige Arbeitszeit eingeführt gegen 9 und 10 Stunden auf den Privatwerften. Das Durchschnitts-Jahreslohn beträgt 3236 Mk. gegen 2172 Mk. in den anderen Werften. Trotzdem wirtschaften die Staatswerften noch erhebliche Ueberschüsse heraus.

Die Hungersnoth in Indien hat viel furchtbarer geherrscht, als die offiziellen Berichte bisher erkennen ließen. Die Bevölkerung hat nach der Zählung vom Jahre 1901 nur um sieben Millionen Seelen zugenommen, während die Bevölkerung in den Eingeborenenstaaten um fast vier Millionen zurückgegangen ist.

Partei-Angelegenheiten.

Die Nummer 16 des „Ostpreussischen Landboten“ war vor einigen Wochen konfisziert worden, weil darin bei Besprechung des Falles Böhmig das preussische Beamtenbureau beleidigt worden sein sollte. Jetzt sind die beschlagnahmten Exemplare wieder freigegeben und dem Eigenthümer zurückgebracht worden.

Arbeiterbewegung.

Die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung lebten die Mitglieder des Dachdeckerverbandes ab. Von 3155 Stimmberechtigten erklärten sich 614 dafür und 949 dagegen 1662 haben überhaupt nicht abgestimmt. - Viel Ehre legen sich die Dachdecker mit dieser jammervollen Betheiligung nicht ein.

schleifen. Natürlich thaten dies nun die Kanoniere, schon aus Furcht vor dem Unteroffizier. Das Unheil lautete gegen Traumann auf acht Monate Gefängniß und Degradation, gegen Wehr auf vier Wochen Mittelarrest und gegen die fünf Kanoniere auf je drei Tage Mittelarrest.

Im Stadttheater zu Straßburg i. G. wurde, wie dem „L.-Z.“ gemeldet wird, bei einer Aufführung von „Demetrius“ der Schauspieler Felsch durch einen Schuß in den Kopf verletzt und konnte keine Rolle nicht zu Ende spielen.

Heftige Unwetter wütheten am Dienstag und Mittwoch im westlichen Hannover, in den benachbarten westfälischen Bezirken und im Teutoburger Walde. Die Eis- und deren Nebenflüsse führten Hochwasser.

Zu dem blutigen Kampf mit Wilddieben, der sich auf der Wermünger Alue nahe der Stadt Halle abspielte, entnehmen wir den „L. Z.“ noch Folgendes: Der Gensdarm Hüsch aus Wermünger, von einem Diebstahl brimblehend, bemerkte auf dem Wege zwei Männer, die beim Nachtsehen jagten. Als er sich ihnen näherte, entfloh der eine, der andere aber stellte sich dem Gensdarmen. Die angehaltene Untersuchung hat bisher noch kein richtiges Licht in den Vorgang zu bringen vermocht, doch nimmt man an, daß der Gensdarm im Handgemenge mit dem Wilderer diefen ertränkte hat und dann von einem anderen Wilderer selbst erschossen wurde, also das Opfer eines Mordes geworden ist. Der Schuß auf den Wilddieb ist in so unmittelbarer Nähe abgegeben, daß dessen Gesicht völlig unkenntlich geworden ist, ebenso muß der Gensdarm aus nächster Nähe getödtet worden sein. Der Ort befand ergab, daß das Geruch des Wilderers noch in beiden Rärten geladen war, und der Beamte, nachdem er gefallene, von seinen Rädern noch eine Strecke über das Feld geschleift worden ist.

Revolte in einer Strafanstalt Am Mittwoch Vormittag brach in dem Strafhaus in Lemberg eine Revolte unter den Straflingen aus. Die Bauanten parodierten aus den vergitterten Fenstern die gellenden Rufe: „Hölle“, „Mörder“ und bald begannen aus den Fenstern der im zweiten Stock befindlichen Schlosserwerkstatt verschiedene Werkzeug, Bohringeschlösser und Schlüssel auf die Straße hinauszufliegen. Thatsächlich tödtet damals im Innern des Gefängnisses und auf den Korridoren bereits ein Kampf zwischen Aufsehern und Straflingen. Ansgangspunkt desselben war eine heftige Szene zwischen dem wackelbaren Strafling verhafteten Aufseher Selezna und einem Strafling, welcher dem Aufseher einen Schlag ins Gesicht versetzt hatte und hierauf zur Strafe in eine Dunkelzelle abgeführt werden sollte. Auf dem Wege dahin begann er plötzlich Hülfsrufe auszusprechen, welche das Signal zu der offenbar von langer Hand vorbereiteten Revolte im ganzen Gefängnisse gaben. Die bei der Inspektion der Festbetten beschaffigten Straflinge, mehr als fünfzig an der Zahl, griffen die Wachen, die sie in Arbeit hatten, und zogen auf den Korridor hinaus. Ihnen folgten die in der Schlosserwerkstatt Beschäftigten, welche ihrer Größe in der erwähnten Weise als Wagnis hoffte benutzten: von allen

Seiten erschallten gellende Schreie, welche das auf der Straße versammelte laienbüßliche Publikum in die größte Aufregung versetzten. Schließlich erburchen die Straflinge die aus dem Korridor auf den Hof der Strafanstalt führende Thür, fanden sich jedoch hier drei Kompanien Militär gegenüber welche die Tumultuanten mit größtem Bajonnet zurückdrängten. Das Gerücht, daß hierbei gefeuert und mehrere Straflinge getödtet worden seien, erweilte sich als unbegründet. Sämmtliche Tumultuanten wurden gefesselt unter militärischer Eskorte dem Strafgerichte eingeliefert.

Eine aufregende Hinrichtung fand vor einigen Tagen in der ehemaligen Donaustadt Wididin statt. Ein wegen Mordes verurtheilter Bauer wurde aus der Gefängniszelle vor den Galgen gebracht, als er sich mit einem Messer, das er verborgen bei sich getragen hatte, auf seine Wächter warf und vier von ihnen - eine Soldaten und drei Gefängnißdiener - durch Stiche verwundet. Im Gefängnißhofe entstand daraufhin eine große Panik, endlich aber wurde dem Rasenden das Messer entziffen. Als er dann gefesselt und auf den Galgen gebracht wurde, riß das Seil um der Deliquenten sel von der Höhe zu Boden. Nachdem er von Neuem aufgehängt und nach vorgeschriebener Zeit der Körper abgenommen worden war, stellten die Aerzte fest, daß in dem zweiten Gehirnen noch Leben vorhanden sei. In Folge dessen brachte man den Mann - Jeko Kamenow war sein Name - zum dritten Male auf das Hochgericht. Jetzt endlich wurde die Hinrichtung thatsächlich vollzogen.

Zu dem großen Kravall in Genesiochau wird die „Schles. Volksz.“ gemeldet, daß bis jetzt gegen sechs hundert Verbrechern in Genesiochau stattgefunden habe. Das Vermögen des Klosters habe der Gouverneur mit Beschlag belegt, um die Verluste der Kirche zu decken. Nicht nur gegen Juden sind Ausschreitungen verübt worden, sondern auch gegen Christen. In ein unangenehme Lage sei die katholische Geistlichkeit gekommen, die sich für die Ausschreitungen mit verantwortlich mache, trotzdem die Briefe des Koffers sich Mühe gegeben hätten, den Aufbruch zu dämpfen. Es seien vorläufig etwa zwanzig Geistliche festgenommen worden.

Zigenergeschicht. In Luraju (Navarra) lieferten sich zwei Zigerverbände eine regelrechte Schlacht, bei der zwei Zigermer tödtet und drei verletzt wurden. Militär mußte einschreiten. Es wurden elf Verhaftungen vorgenommen.

Untergegangener Dampfer. Der der Runkmann'sche Schiffer gehörige Dampfer „Borussia“ mit 20 Mann Besatzung im Meerbusen von Biscaya untergegangen und gestern amtlich festgestellt worden.

Ein mit einer Bombe bewaffneter Räuber. Wie aus New-York der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, betrat in Skagway (Alaska) ein Mann mit einer Bombe eine kanadische Handelsboote und verlangte 20.000 Dollars. Die Beamten griffen nach dem Falscher, worauf der Mann die Bombe fallen ließ. Er wurde erschossen und außerdem eine Person verletzt.

Ein neues Arbeitersekretariat in der Schweiz eröffnet
 mit dem 1. Oktober die Arbeiterunion Schaffhausen. Zum Leiter wurde Adolfs Schlatter, früher Schriftföhrer, gewählt. Derselbe hat nebenbei noch das zum Parteiorgan erklärte Echo vom Rheinfall, das wöchentlich zweimal erscheint, zu redigieren.
 Das Volkshaus in St. Gallen erhielt von sechs dortigen Brauereien ein Geschenk von 120,000 Kronen, wodurch die finanzielle Grundlage desselben gesichert ist. Irrendweiliche Verwicklungen sind an das Geschenk nicht geknüpft, es sollte wohl nur durch gemeinsames Eintreten die Konfuzenz einer einzelnen Brauerei ausgeschlossen werden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 19. September.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Gestern wurden zunächst nicht weniger als fünf wiedergewählte, unbesoldete Stadträte von Herrn Oberbürgermeister in der üblichen Weise in ihr Amt „eingeführt“. Aus diesem Grunde waren auch die Herren Stadtväter in „Amtstracht“, mit der goldenen Kette geehrt, erschienen. Nach Erledigung jener Formalitäten wurden dann einige Duzend Vorlagen „beratzen“, d. h. nach einigen meist unverständlichen Worten der Herren Referenten ohne weitere Debatte angenommen. Es handelte sich in allen Fällen um Angelegenheiten von geringer Bedeutung. Die allgemeine Interesse beanspruchenden Vorlagen, wie die der Markthallen und der Kosten der Reichstagswahl, kamen nicht zur Verhandlung, weil die Referenten nicht anwesend waren. In der nächsten Sitzung, die erst am 9. Oktober stattfindet, wird die von den Sozialdemokraten eingebrachte, auch von den bürgerlichen Stadtverordneten genügend unterföhrte Interpellation des Magistrats, bezügl. des Fleischnotz, gegen die Fleischnotz verhandelt werden. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Welche Maßregeln beabsichtigt der Magistrat zu ergreifen, um der Breslau drohenden Fleischnotz und Fleischtheuerung entgegen zu wirken?“

Die Sitzung eröffnete um 4 1/2 Uhr Stadtverordnetenvorsteher Schrimmrich Dr. Freund. Es erfolgte zunächst die Einführung der wiedergewählten Stadträte Bröckling, Rosenbaum, Müller, Wilsch und Wecker durch den Oberbürgermeister, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die Genannten von der Stadtverordnetenversammlung wiedergewählt worden seien und daß sie die Wahl angenommen hätten.

Aus den nun folgenden Mitteilungen sei erwähnt, daß der Magistrat der Versammlung die Begleitbescheinigung für die Wahl der Stadtverordneten im Jahre 1902, sowie die nach Abteilungen geordnete Nachweisung der Wählerzahl übersendet. Nach dieser Nachweisung beträgt die Zahl der Wähler in der I. Abteilung 669, in der II. Abteilung 6102 und in der III. Abteilung 46,116, also zusammen 52,387. Der Magistrat theilt hierbei mit, daß er beschloffen habe, für jeden Bezirk der III. Abteilung Abstimmungsbezirke zu bilden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird zunächst über den Ankauf eines Grundstücks, das an das Schulhaus auf der Rosenstraße angrenzt, für den Preis von 16,000 Mk. verhandelt. Während Stadtv. Köhler die Annahme empfiehlt, weil der Erwerb nicht nur für eine Erweiterung der städtischen Schulgrundstücke an sich sehr wünschenswert, sondern vor allem im Schulinteresse, um für die Klassenräume mehr Licht zu bekommen, notwendig sei, ist Stadtv. Suchanke für die Ueberweisung an den Ausschuß IV, weil der Preis ein viel zu hoher sei. Nach längerer Debatte, an der Stadtv. Bischoff und der Oberbürgermeister teilgenommen, wird die Ausschussberatung abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Aus den Berichten der Schulinspektoren, des Oberunterrichters und der Inspektantin des Handarbeitsunterrichts, deren Kenntnisnahme erfolgt, ist, wie der Referent Laßmich ausführt, zu entnehmen, daß die Entwicklung unseres Volksschulwesens in den altbewährten Bahnen gute Fortschritte gemacht hat. Ueber das Institut der Schulärzte ist noch wenig zu sagen, dagegen soll das neue Fürsorgegesetz eine ersprießliche Wirkung gehabt haben, insofern, als eine ganze Anzahl unheilvoller Elemente von den Volksschulen auf Grund des Gesetzes ferngehalten werden konnten.

Einen Vertrag über die Lieferung der elektrischen Betriebskraft für die neue städtische Straßenbahn und zwar für die von der städtischen Bahn und der Straßenbahngesellschaft gemeinsam zu befahrenden Strecken Pönnigplatz-Rosenthalstraße und Kaiser-Wilhelmsplatz-Wiesenthal überweist die Versammlung ohne Diskussion an den Ausschuß II.

Zum Ankauf von Terrainsflächen aus den Grundstücken Kurze Gasse 19 und Pönnigstraße 58 erteilt die Versammlung ihre Genehmigung, ebenso zu dem Ausschuß IV empfohlenen Ankaufen des Grundstücks Lange Gasse 34 und eines Grundstücks in Altschmitz.

Gemäß dem Antrage des Ausschuß VII erteilt die Versammlung den Rechnungen einer großen Anzahl von Verwaltungungen für das Jahr 1900 gemeinsame Decharge, während die Rechnungen zu den Rechnungen einiger anderer Verwaltungungen für 1899 und 1900 gemäß Ansuchenvertrag für erledigt angesehen werden.

Als Entschädigung für die Verrichtung von Mietzinsräumen in dem Grundstück Lehndamm 72 werden dem Brennereibesitzer Wilhelm Barneck auf Antrag des Magistrats 1100 Mark einmalig bewilligt mit der Maßgabe, daß diese Verrichtung bis zum 30. September dieses Jahres erfolgt.

Gegen 5 1/2 Uhr trat die Versammlung in eine geheime Sitzung ein.

Wer ist für die Anmeldung krankensicherungsspflichtiger Personen haftbar? Nach § 49 des Krankenversicherungsgesetzes haben die Arbeitgeber für jede von ihnen beschäftigte versicherungspflichtige Person, spätestens am 3. Tage nach Beginn der Beschäftigung die Anmeldung und spätestens am 3. Tage nach Beendigung derselben die Abmeldung zu besorgen. Das Gleiche gilt für Personen, die auf Grund ihrer Beschäftigung der Versicherungspflicht nicht unterliegen, und nun aus irgend einem Grunde in den Kreis der versicherungspflichtigen Personen eintreten. Nach § 82 a des Gesetzes sind aber die Arbeitgeber befugt, die Erfüllung der ihnen durch das Gesetz auferlegten Verpflichtungen solchen Personen zu übertragen, welche sie zur Leitung des Betriebes oder eines Theiles desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt haben. In diesem Falle trifft die Strafe für Nichterfüllung der gesetzlichen Vorschriften den Stellvertreter, während der Arbeitgeber nur straflos ist, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen erfolgte oder wenn er es bei der Beaufsichtigung des Betriebes oder bei der Auswahl und Beaufsichtigung des Stellvertreters an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

Mit der Frage, wenn ein Angestellter eines Arbeitgebers als Stellvertreter im Sinne des § 82 a des Krankenversicherungsgesetzes anzusehen ist, hatte sich am Donnerstag die 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts in einem Falle zu beschäftigen, der auf Grund einer Anzeige des hiesigen

Arbeitersekretariats zu einer Anklage geführt hatte. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

In dem bekannten Puzgeschloß von Posner auf der Schwiebrücke war die Puzmacherin Sch. zuerst als Lehrmädchen, vom 19. Februar ab aber gegen ein fälliges Monatslohn von 10 Mk. beschäftigt. Als ihr die Geschäftsinhaberin am 1. März d. J. das erste Lohn auszahlte, sagte sie zu ihr: „Sie müssen jetzt Krankengeld zahlen, Sie sind schon bei der Dritt-Krankenkasse „eingetrag“ angemeldet. Ihr Fund liegt im Geschäft.“ In der Folge wurden dem Mädchen auch stets die Krankenkassenbeiträge angerechnet. Am 31. Mai wurde das Arbeitsverhältnis gelöst; als aber die Sch. ihr Krankenbuch verlangte, war dieses nirgends zu finden. Die Sch. war eben nicht angemeldet worden. Nach vielen Drängen erfolgte schließlich die Anmeldung und zugleich die Abmeldung, letztere allerdings schon für den 1. Mai am 20. Juni. Die Anklage ging nun davon aus, daß die Inhaberin des Geschäfts die ihr obliegende Anmeldung unterlassen hatte und daß sie die Beiträge der Krankenkasse sich rechtswidrig angeeignet habe. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß die Angeklagte früher neben anderen Aufsichtsfunktionen auch die Kontrolle der Krankenkassenbücher ihrer Tochter überlassen hatte. Um die Mitte des Februar, also zu jener Zeit, in welche die Anmeldepflicht der Sch. fiel, sei die Tochter krank geworden und seit dieser Zeit habe eine siebzehnjährige Verkäuferin die Krankenkassenbücher, die Beitragsleistung, sowie die An- und Abmeldung besorgt. Die Geschäftsinhaberin selbst hat sich nach ihrer eigenen Aussage um die Angelegenheit nicht gekümmert. Wie die betreffende Verkäuferin erklärte, hat sie in dem Geschäft nur die Stellung einer einfachen Verkäuferin bekleidet und nie eine besondere Aufsichtsfunktion oder Betriebsleitung inne gehabt. Die Nichtanmeldung müsse aus Versehen erfolgt sein, die Beiträge seien in Anrechnung gebracht worden, weil man im Geschäft in dem Glauben gewesen sei, daß die Sch. seiner Zeit angemeldet worden wäre. Die Abmeldung habe sich verögert, weil zur Zeit des Austritts der Sch. gerade Hochsaison gewesen sei.

Eine rechtswidrige Aneignung der Krankenkassenbeiträge konnte das Gericht in dem Verhalten der Angeklagten nicht erblicken, zumal da dem Mädchen die erhobenen Beiträge zurückerstattet worden sind. Dagegen wurde Frau Posner wegen Uebertretung des § 49 des Krankenversicherungsgesetzes zu sechs Mark Geldstrafe verurtheilt. Nach der Ansicht der Strafkammer war Frau Posner für die ordnungsmäßige Ausführung der gesetzlichen Vorschriften allein verantwortlich. Die siebzehnjährige Verkäuferin sei nicht als Stellvertreterin im Sinne des § 82 a des Krankenversicherungsgesetzes zu betrachten. Aber selbst, wenn dies der Fall gewesen wäre, so habe die Angeklagte es zum Mindesten an der bei dem nicht bedeutenden Umfange ihres Geschäfts leicht durchführbaren Aufsicht fehlen lassen. Es müsse durch die Rechtsprechung dafür gesorgt werden, daß die Arbeitnehmer in den ihnen von der Sozialgesetzgebung gewährleisteten Rechten geschützt und nicht durch die Nachlässigkeit der Arbeitgeber geschädigt werden. Unserer Meinung nach bedürfte es dazu allerdings empfindlicherer Strafen, als die in diesem Falle verhängte.

zur Frage der freien Arztwahl wird uns aus dem Bureau des Vereines geschrieben:

„Nachdem nunmehr der Vertrag zur Einführung der freien Arztwahl nicht nur von der Maurerzunft, sondern auch von den ausgeschiedenen Rassen am 16. d. Mis. für den am 1. Januar nächsten Jahres ins Leben tretenden „Krankenkassenverband zu Breslau“ mit der ärztlichen Krankenkassen-Kommission durchverhandelt und sodann zur Annahme gelangt ist, dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, wie viel Aerzte sich bisher in Breslau und nächster Umgegend für die freie Arztwahl zur Verfügung gestellt haben. Von 430 in Breslau lebenden Aerzten kommen 90 für Rassenverhältnisse überhaupt nicht in Betracht; es sind das Professoren, Assistenten, Thoretiker, (Anatomen, Physiologen, Hygieniker), nicht praktizierende Militärärzte oder ältere Herren, die ihren ärztlichen Beruf nicht mehr praktisch ausüben. Von den übrig bleibenden 340 Aerzten haben sich 202, also ungefähr 60 Prozent, durch Unterschrift bereit erklärt, sich all den Bedingungen, die zur Durchführung des Systems der freien Arztwahl unerlässlich notwendig sind, zu unterwerfen. Der Rest, den der einzelne Arzt unterschrieben hat, ist gewissermaßen der Ausdruck eines persönlichen Vertragsverhältnisses des Einzelnen zu der betr. Rasse oder Rassen-Gemeinschaft. Von den 202 Aerzten sind 149 allgemein praktizierende Aerzte und 53 Spezialisten. Unter den letzteren befinden sich 7 Augenärzte, 13 Hals-, Nasen-, Ohrenärzte, 5 Frauenärzte, 9 Aerzte für Hautkrankheiten, 12 Chirurgen, inklusive Orthopäden, Spezialisten für Massage, Harn- und Harnleiden, 3 Nervenärzte, 4 Spezialärzte für innere Medizin (auch für Magen- und Darmkrankheiten). Außer den 202 in Breslau thätigen Aerzten haben sich noch 6 auswärtige aus dem Landkreis Breslau gemeldet, so daß also bis jetzt die Ziffer 208 erreicht ist.“

Wiederum verurteilt! In der Strafsache gegen den Grafen Fickler-Klein-Tschine ist der auf den 7. Oktober er. vor der 9. Strafkammer des königlichen Landgerichts I Berlin angelegte Termin abermals aus unbekanntem Gründen durch gerichtliche Anordnung aufgehoben worden.

Kaufung, 16. September. Schwer verunglückt ist heute der im Steinbruch des Kalkwerkes „Tschirnhaus“ beschäftigte Steinbrecher Teuber. Durch Sturz in die Tiefe zog er sich eine so schwere Schadelverletzung zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Safelbach, 17. September. Beim Spielen mit einer Dynamitpatrone verunglückte vorige Woche schwer der 11-jährige Sohn des Hausbesizers Beer hierelbst. Dieser hatte sich mit dem gefährlichen Objekt, das er sich auf unangeföhrte Weise verschaffen gewußt hatte, gespielt und schließlich mit einem Hammer darauf geschlagen. Hierbei explodirte die Patrone und rüß dem Knaben drei Finger der rechten Hand weg.

Saynau, 17. September. Stadtverordnetenversammlung. Heute fand nach mehrtägiger Pause wieder eine Stadtverordnetenversammlung statt. Die Tagesordnung derselben umfaßte 9 Punkte. Nachdem die ersten Punkte, Genehmigung von Verpactungen, bei welchen ein Rückgang von Pachtungen konstatirt wurde, erledigt waren, schritt man zur Feststellung der Jahresrechnung und Genehmigung von Etatsüberschreitungen. Ein Abluß über den Gesamtetat liegt noch nicht vor und kommen wir später darauf zurück. Dem Antrag des Magistrats: Eintragung einer Forderung vom Ortsamtenverband Profendorf wurde zugestimmt. Es betrifft einen in Profendorf ansässigen Knecht, welcher im hiesigen Krankenkasse verpflegt wurde. Es folgt ein Antrag des Magistrats auf Wiederherstellung des alten Weherturns eventuell die Mittel hierzu zu bewilligen. Hierbei wurde ein Schreiben des Regierungspräsidenten zur Kenntnis gebracht. Es handelt sich um dessen Genehmigung dazu, daß 50,000 Mk. aus den Ueberflüssen des Sparkassen-Kassensfonds als Betriebskapital der Kommune entnommen werden dürfen. Der Regierungspräsident lehnt zunächst das Gesuch ab, er erklärt sich aber bereit, der Stadt in folgender Weise entgegen zu kommen: Die in den letzten 60 Jahren zu gemeinnützigen, öffentlichen Zwecken im Sinne des § 27 der Sparkassenstatut vom 9. August und 27. Oktober v. J. über eine bestehende Verpflichtung hinaus verwendeten Summen, ohne daß sie aus den thatsächlich vorhanden gewesenem Ueberflüssen des Sparkassensfonds entnommen wurden, sollen zusammengestellt und dieser Betrag soll aus den gegenwärtigen Ueberflüssen bewilligt werden. Insofern dieser Betrag die Summe von 50,000 Mk. nicht erreicht, soll die Fehlsomme als amortisierbares Darlehen zum Zinsfuß von etwa 1-1/2 % von der Sparkasse hergegeben werden. Der

gegenwartig der Regierungspräsident, daß die Stadtverordnetenversammlung die Summen stets bewilligen werde, zu welchem die Ueberflüsse da sind, insbesondere, daß nunmehr auch die 5000 Mk. für Inhabung des Weherturns bewilligt würden. Im Anknüpfung an dieses Schreiben beantragt nunmehr der Magistrat nochmals die Bewilligung der 5000 Mark für den Weherturn. Die Versammlung stimmt dem letzteren zu, um die Genehmigung des ersteren nicht zu gefährden, und eine Angelegenheit, die unangenehm viele Staub aufgewirbelt hat, aus der Welt zu schaffen. Ob wohl eine Pfaffenzunft der Weherturnfrage nicht notwendiger gewesen wäre? Dann wurde das Schreiben eines hiesigen Handelsmannes zur Kenntnis gebracht. Derselbe beklagt sich bitter darüber, daß er in sehr barockem Tone von seinem Plage am Markte, den er schon Jahre lang inne habe, vertrieben worden sei. Das Verhalten der Beamten wurde getadelt, jedoch das Schreiben der Polizeibehörde zur Verhütung abgewiesen.

Saynau. Angeschossen. Ueberfahren. Mittwoch Abend wurde eine hiesige Frau F., welche mit ihrem Sohne bei den Eltern bewohnt, von einem Jagdrevier, auf dem Rückwege nach Saynau von einem Jäger, der auf dem Hermsdorfer Terrain die Jagd oblag, angeschossen. Die Frau erhielt eine Anzahl Schrotkörner in den rechten Arm, ihr Sohn wurde durch ein Schrotloch gestreift. Die Frau mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der unvorhoffliche Schöffe ist aus Siegenborn. — Mittwoch Abend kurz nach 8 Uhr fuhr ein elegantes, mit einem Schimmel bespanntes Cab. einem Pönniger Fabrikbesitzer gehörig, in schnellstem Tempo durch unsere Stadt. Da das Gefährt auf Summi läuft und man in Folge dessen kein Rollen der Räder hören kann, ist es nicht zu verwundern, daß bei der schnellen Fahrt auf der Pönniger Straße von dem Wagen ein schwerhöriger und lahmer Mann, Herr Schneider ziehig von hier, umgerissen wurde. Glücklicherweise hat derselbe keinen ernstlichen Schaden genommen.

Brieg, 18. September. Arbeiterisiko. Gestern in den Nachmittagsstunden waren an dem furchterlichen Neubau an der Georgstraße die Bauarbeiter mit der Abtragung des im dritten Stock befindlichen Gerüsttheiles beschäftigt. Hierbei kam der Maurerfrüherer Polir Reimann aus Puschenthal zu Fall und stürzte aus der beträchtlichen Höhe hinab auf das Trottoir. Der in der Mitte der vierziger Jahre stehende Mann wurde in furchtbarer Weise verletzt. Außer verschiedenen Brüchen und inneren Verletzungen wurde das Bein durch ein schweres Gerüststück, das die Knochen splitterte, durch das Bein hindurchgegangen. Der Verunglückte fand im Krankenhaus Aufnahme; sein Leben schwebt in höchster Gefahr.

Ratibor, 15. September. Wegen Verleumdung durch die Presse haben sich gestern der Kolporteur Karl Rogur aus Kobilla, Kreis Ratibor, und der Rektator des in Ratibor erscheinenden großpolnischen „Gornoslaz“ Niemierowicz aus Polen zu verantworten. Den Angeklagten war zur Last gelegt, den Gemeindevorsteher Durzol in Kobilla öffentlich beleidigt zu haben. Am 28. Februar erschien in dem „Gornoslaz“ ein von Rogur geschriebener Artikel aus Kobilla, in welchem neben einem Angriff auf das Deutschthum, im Besonderen auf das Preussenthum, dem Gemeindevorsteher Durzol in seiner Eigenschaft als solcher schwere Vorwürfe wirtschaftlicher Natur gemacht wurden. Die Angeklagten bestritten, die Absicht gehabt zu haben, den Gemeindevorsteher zu beleidigen. Staatsanwalt Barnikoff beantragte gegen Rogur sechs, gegen Niemierowicz drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte gegen Rogur auf drei Monate, gegen Niemierowicz auf sechs Monate Gefängnis.

Gleitwitz, 18. September. Gattenmord. Gerächte. Der „Oberschle. Wanderer“ meldet: Gestern Abend geriet der Arbeiter Wiegoreit in Dorothendorf-Gräbe mit seiner Frau in Streit und ließ ihr dabei ein Küchenmesser in den Hals, wodurch die Halsader zerschnitten wurde. Die Frau starb nach wenigen Minuten in den Armen ihrer Tochter. Dasselbe Blatt meldet: Am Siegenmühschen Neubau in der Niederbergstraße in Gleitwitz führte heute das Gerüst ein. Drei Arbeiter führten drei Stod in die Tiefe. Ein Arbeiter wurde schwer, die beiden anderen wurden leicht verletzt.

Ratibor, 18. Septbr. Eine unheimliche Mitter. In Groppanow wurden eine Arbeiterin und deren Geliebter verhaftet unter dem Verdachte, ihre vier unehelichen Kinder vergiftet zu haben.

Jahrze, 18. September. Tödlicher Unfall. Mittwoch Nachmittag 2 1/2 Uhr erhielt die 68-jährige Wittwe Johanna Spora aus Al-Jahrze an der Kreuzung der Stolten- und Pönnigenstr. von dem aus Königsbütte herandrufenden Straßenbahngewagen einen solch wuchtigen Stoß vor den Kopf verfest, sodaß ihr, dem „Oberschle. Wand.“ zufolge, der Schödel gespalten wurde und sie bald darauf verstarb. Die Verunglückte, die als Straßenbahnbesitzerin beschäftigt war, hatte, da sie an Schwerhörigkeit litt, das Herannahen des Zuges und das Läuten des Motorführers offenbar überhört.

Schlinitz, 18. September. Von einer Aderwange getödtet. In Puschau fiel der 14-jährige Hüttenjunge Josef Gabel vom Sitz auf der Aderwange, wurde von dieser überfahren und sofort getödtet.

Wyslowitz, 17. September. Fastentlassung. Die kürzlich gemeldet worden ist, hat man den Fleischermeister Walter von hier, der beschuldigt war, vom diesseitigen Ufer der Pönnisa einen Hüttenjungen erschossen zu haben, aus der Haft entlassen. Wie jetzt bekannt wird, ist die Fastentlassung auf Grund des Gutachtens des die Leiche sezirenden Arztes in Kusland verhängt worden. Der Arzt hat nämlich festgestellt, daß der Knabe, ehe ihn der Schuß getroffen hat, ein Schlaganfall befallen hatte, dem er erlag. Dieses seltsame Zusammentreffen zweier eigenartiger Umstände kam Walter zu statten.

Versammlungen und Vereine.

Ratibor.
 Kartellvorsitzender: Paul Benedix, Poststraße 31. H.
 Versammlungstokal: Bernits Brauerei, Große Gorkhadstraße Nr. 38.
 Sonntag, den 21. September:
 Maler. Vormittags 10 Uhr: Zahltag, Zimmer Nr. 1.
 Maurer. Vormittags 10 Uhr: Zahltag, Zimmer Nr. 1.
 Metallarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Zahltag, Zimmer Nr. 1.
 Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Zahltag, Zimmer Nr. 1.

Arbeiter, Handwerker, Genossen
 der Nikolaivorfstadt!
 Unterföhrt die
Barbierstube
 d. Breslauer Gewerkschaften
Kurzegasse 34,
 in welcher Ihr bei soliden Preisen schnell und sauber bedient werdet. 1193

Zu staunend billigen Preisen
 kauft man das elegantesten, haltbarste Schuhwerk,
 die denkbar größte Auswahl in Kinderschuh, Stiz-, Gummi- und Holz-Schuh zu streng realen Preisen nur bei 1196
Robert Kretschmer.
 Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 52, gegenüber der Friedrich-Cassette.

Herbst-Neuheiten!
 Hüte und Mägen für Herren und Knaben, alles in großer Auswahl zu ganz billigen Preisen nur bei 1197
F. Paul,
 9, Friedrich-Wilhelmstr. am Neuen Markt.

Julius Philipp's
 Barbier, Friseur und 1907 Haarschneide-Kabinett
 Friedrich-Wilhelmstr. 80
 empfiehlt sich einer geeigneten Wahl, ohne Preisverhöhrung.
 Polkowsch und Pönniger Jakob liegt aus.

Nur für Sonnabend giltig!

Vigogne-Socken Volksmarke, jetzt Paar 29 Pf.	Männer-Halstücher 1 Posten grau u. farbig, St. 28, 24, 18 Pf.	Wichslöder-Gamaschen 1 Posten jetzt Paar 3,80	Barchend-Männerhemden 1 Posten Stück 148, 125, 95 Pf.	Kammkasten 1 Posten jetzt Stück 38, 32 Pf.
Damen-Strümpfe farbig und schwarz, Paar 36 Pf.	Leinen-Kragen 1 Posten zum Aussuchen, Stück 18 Pf.	Pa. Rossleder-Gamaschen 1 Posten Handarbeit, Paar 5,95	Blaue Arbeiter-Blousen 1 Posten Stück 148, 125, 93 Pf.	Waschständer 1 Posten jetzt Stück 85, 65 Pf.
Berschen-Socken Vigogne, kräftige Qualität, jetzt Paar 18 Pf.	Manschettenknöpfe 1 Posten zum Aussuchen, Paar 8 Pf.	Damen-Cordschuhe 1 Posten mit Ledersohle, Paar 98 Pf.	Blaue Monteur-Blousen 1 Posten Stück 1.65, 1,48	Bierbecher 1 Posten mit Goldrand, Stück 9 Pf.
Hosenträger 1 Posten zum Aussuchen, Paar 8 Pf.	Winter-Chemisettes 1 Posten schwarz gesteppt oder mit Blumen, Stück 42 und 35 Pf.	Damen-Steppschuhe 1 Posten mit Ledersohle u. Absatz Paar 1,75	Blaue Männerschürzen 1 Posten Stück 92, 65, 48 Pf.	Glasschüsseln 1 Posten jetzt Stück 6 Pf.
Damen-Corsets 1 Posten früher b. 2,00, jetzt St. 110 u. 98 Pf.	Kopfhawls 1 Posten in sort. Farben, Stück 38 Pf.	Rossleder-Knopf- u. Schnürstiefel 1 Posten für Damen, Paar 4.95, 4,45	Tricot-Hemden u. Beinkleider 1 Posten für Herren Stück 125, 98, 74 Pf.	Wandsprüche 1 Posten jetzt Stück 90 Pf.
gestrickte Damen-Corsets 1 Posten jetzt Stück 72 Pf.	Woll. Kopftücher 1 Posten mit gehäkelter Franze, jetzt Stück 65 Pf.	Männer-Arbeitshosen 1 Posten eisenfest, Paar 2.45, 1.95, 1,45	Gestrickte Herren-Westen 1 Posten extra schwer 1.95, 1.75, 1,48	emallirte Eimer 1 Posten 28 cm. jetzt Stück 88 Pf.
Sport-Serviteurs 1 Posten mit Pompons, Stück 24, 22, 25 Pf.	Kinderkämme 1 Posten zum Aussuchen, Stück 5 Pf.	Engl. Lederhosen 1 Posten glatt und gestreift, Paar 2.95, 2.45, 1,75	Frauen-Barchend-Hemden 1 Posten in Spitze garnirt 135, 105, 88 Pf.	Kinderflaschen 1 Posten mit Scala, Stück 5 Pf.
Herren-Cravatten 1 Posten Diplomaten, früh. bis 60 Pf jetzt Stück 28 Pf.	Knaben-Loden-Joppen 1 Posten warm gefüttert 3.75, 3.25, 2,75	Manschester Männer-Hosen 1 Posten Paar 3.95, 3.45, 2,65	Frauen-Barchend-Beinkleider 1 Posten Paar 138, 125, 95 Pf.	Brotkörbe 1 Posten ovale Form, Stück 38 Pf.
Westen-Cravatten 1 Posten zum Aussuchen, Stück 2 Pf.	Herren-Anzüge 1 Posten aus Kamergarnstoffen, alle Farben, 17.50, 14,75	Herren-Joppen 1 Posten aus prima Donbel oder Tricot-Lodenstoffen, warm gefüttert 8.50, 6.50, 5,75	Velour-Unterröcke 1 Posten für Damen 175, 125, 98 Pf.	Blechartables 1 Posten jetzt Stück 18, 12 Pf.
Hauschürzen 1 Posten mit garnirtem Volant 58 Pf.	leinene Bettzügen 1 Posten kräftige Qualität, jetzt Mtr. 48 Pf.	Bettinletts 1 Posten federdicht, Meter 35 Pf.	Hemdenbarchende 1 Posten kräft. Qualit., Mtr. 38, 30, 25 Pf.	Hausblousen 1 Posten für Damen, St. 125, 98, 83 Pf.

Messow & Waldschmidt.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.
Sonntag, den 21. September,
Nachmittags:
Ausflug nach Sachwitz
bei Camb.
Besuch d. dortig. Brudervereins.
Treffpunkt am Ardeberge,
Abfahrts Punkt 1 Uhr Mittags.
Sonntag, den 28. September:
Ausflug nach Prausnitz.
Zusammentreffen mit d. Revillier
Bruderverein.
Treffpunkt: Dreihimmelsberg,
Abfahrts Punkt 7 Uhr.
Um zahlreiche Teilnehmer
erbetet **Der Vorstand.**

Richard Strietzel.
Barbier, Friseur und
Haarschneide-Kabinett 1172
Rosenhalerstraße 4.
empfiehlt sich einer geneigten Be-
achtung „ohne Preisverhöhung“.
**Wolkswacht und Wahres
Jakob liegt aus.**

Der die Firma
H. Christmann
noch unbekannt ist, der kann einen Besuch von den in
großer Ausmaß auf Lager gehaltenen dauer-
haft und gut gearbeiteten
Schuhwaren machen. — Verkauf Herren-, Damen- und
Kinderstiefeln zu jedem annehmbaren Preise. 118

H. Christmann, 37 Scheitnigerstr. 37.
Rohtabak-Handlung
G. Wutke, Inh.: Fritz Gellern,
Breslau III, Freiburgerstr. 7.
Sämtliche Rohtabake zur Cigarrenfabrikation zu billigen
Preisen. 1154

Gratis erhält jed. Käufer meiner beliebtesten
Tarpentia-Salmiak-Seife einer
Blecheimer.
Eimer mit 12½ Pfund Seife Netto Mk. 2,75
also 25 5,50
Rudolph Balhorn, Seifenfabrik
Eisen-Neudorf.
Filialen: I. Neue Schweidnitzerstrasse 5.
II. Friedrich-Wilhelmstrasse 3.
III. Albrechtstrasse 2.

50
Schränke
und 1121W
Vertikows
werden einzeln auf
Abzahlung mit ein.
Anzahl von 8 Mk.
und wöchentlicher
Abzahlung v. 1 Mk.
an abgegeben.
S. Osswald,
Schuhbrücke 74, I.

Erste Volksvorstellung
des sozialdemokratischen Vereins in Breslau.
Sonntag, den 28. September 1902
im **Thalia Theater:**
Der Erbförster.
Schauspiel in 4 Akten von Otto Ludwig.
Die ersten Billets werden Sonnabend
Abend von 8—10 Uhr im Gewerkschaftshaus
ausgegeben, in den folgenden Tagen in der
Verwaltung des „Wolkswacht“.
Preise der Plätze: erste 60 Pfg., Parquet
50 Pfg., Balken und Erker 40 Pfg., zweiter
Rang 30 Pfg., dritter Rang 20 Pfg.

Verainigung der Maler, Lackierer etc., Filiale Breslau.
Am 17. Septbr. verschied unser treues Verbandsmitglied
Paul Kulose
im Alter von 70 Jahren.
Seine alle Zeit freundliches Wesen und k. Regalscher
Sinn werden ihm ein ehrendes Andenken sein.
Die Ortsverwaltung.
Beerdigung: Sonntag, den 22. Ubr nach Oswitz.
Trauerhaus: Panstrasse 9. 1901

Zimmerdruck und Gratulationskarte
empfehlen wir die Bildnisse von
**Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht,
Grillenberger, Bebel und Singer,**
welche auf einer verzierren Staffelei angebracht sind, zum
Preis von je **35** Pfennig.
Zu beziehen durch unsere Expedition und Colporteurs.

Neu eröffnet!
Geringste Anzahlung
bei Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Herren-,
Damen- u. Kinder-Garderobe, fertige Kleider,
Manufakturwaren. 1148
M. Grau,
3, Albrechtstraße 3,
erste Etage.

Photographisches Atelier P. W. Pfeiffer, Moltkestr.
12 Stück Visitenbilder 4,50 Mk., 1 Cabinetbild gratis.
Preisermäßigung für Abonnenten der Wolkswacht.
Bei Bestellungen bitte sich auf dieses Inserat zu beziehen. 866

Achtung! Maler, Copfer und Stuckateure und alle im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter Achtung!
Sonntag den 21. September, Vormittags 11 Uhr **Versammlung** im „Gewerkschaftshaus“.

Tages-Ordnung: „Die Gesundheitsverhältnisse der Bauarbeiter und Beschäftigung in der Fensterfrage“.
119
Dazu eine Beilage. Entree 10 Pfg. Nicht der beteiligten Vereine ist es für guten Besuch zu sorgen. Die Bauarbeiter-Schutz-Commission.